

RUB: Shitstorm wegen Nazisymbol



Nicht nur das Hakenkreuz steht als Symbol für Nazismus. Ein Mitarbeiter der RUB trug dagegen kürzlich eine Kornblume. (Symbolbild: dpe)

Wieder die Ruhr-Universität Bochum, wieder Kritik wegen eines rechten Mitglieds. Die Hochschule sah sich nach dem Wahlabend der Bundestagswahl mit Unmut von Studierenden konfrontiert. Matthias Helferich, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Direktkandidat für die AfD in Dortmund, hatte sich am Tag der Auszählung eine Kornblume angesteckt. Ein Student sah darin ein Symbol für österreichische Nationalsozialisten und konfrontierte die Uni auf Facebook. Die distanziert sich, während Studierende die Entlassung des Mitarbeiters fordern.

„Denken Sie wirklich, dass eine solche Person zum Motto der Ruhr-Universität passt? Menschlich? Weltoffen? Wohl kaum!“ schreibt der Nutzer Justin Ixodida auf Facebook an die Ruhr-Universität. Er erklärt: „Durch das Tragen einer Kornblume am Jackettrevers stellt er sich in die Tradition der Schönerer-Bewegung sowie der Nationalsozialisten in Österreich. Georg von Schönerer war radikaler Antisemit, Nationalist und starker Einflussnehmer auf Adolf Hitler. Er machte die Kornblume zu seinem Parteisymbol.“ Die Kornblume wird heute in Österreich vor allem auch von deutschnationalen FPÖ-Mitgliedern wie Heinz-Christian Strache getragen, welchen Helferich auch auf Facebook liket. Über 900 Menschen reagierten direkt auf den Post, der sich schnell in den sozialen Medien verbreitete.

Der Unmut gegenüber der Uni ist groß. So schreibt eine Nutzerin mit dem Pseudonym der Schriftstellerin Virginia Woolf: „Von einer weltoffenen Uni erwarte ich mir klare inhaltliche Stel-

lungnahmen, erwarte ich mir Entrüstung über Helferich und empathische Solidaritätsbekundungen für die Menschen, die an der RUB und darüber hinaus unter seiner ‚Meinungsfreiheit‘ leiden müssen! Dieser trockene Ton ist für mich ein Schlag ins Gesicht.“ Eine weitere Userin wundert sich, denn Helferich sei schon als Studierender an der Juristischen Fakultät als sich bekennender Rassist aufgefallen. Andere kritisierten die Forderungen nach Entlassung: „dies ist ein Armutszeugnis für deutsche Universitäten und ihre Streitkultur, es verhindert Dialog und verhärtet Fronten“, schreibt etwa Niklas John.

Helferich selbst äußert sich nicht unter dem Post, sondern in weiteren Kommentarspalten mit seinem Privatprofil gegenüber kritischen Nutzer*innen: „Ich bin beliebt bei den Studenten und brauche von Ihnen keine Ratschläge in der Berufsplanung. Schön, dass auch die Unionisten den linken Gesinnungsterror begrüßen. Verkrampfen Sie nicht beim Kampf gegen Rechts.“ Auf Facebook ist Helferich für die-

sen Ton bekannt – dort postet er etwa Bilder vom Verteilen der neurechten Zeitschrift Junge Freiheit mit der Unterzeile „Für die Presse- und Meinungsfreiheit und gegen Staatspropaganda“ oder liket mit seinem Privatprofil den Höcke-nahen und völkischen Flügel angehörenden AfD-Mann André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt sowie Posts, in denen steigende Umfragewerte der AfD nach der Dresdner Rede von Björn Höcke geteilt werden.

Werbung für Antisemitismus?

Auf Nachfrage der aktuell, ob der Universität Beschwerden gegen Helferich vorlagen, verneint sie: „Der Universitätsleitung sind bisher keine Beschwerden über seine Äußerungen zugetragen worden, auch war dies bis dato kein Thema in Gremien oder im Personaldezernat der RUB.“ Auf die Forderungen nach Entlassung antwortet die Hochschule: „Wir halten uns an geltendes Recht und Gesetz. Solange ein Beschäftigter der RUB nicht strafrechtlich verfolgt oder verurteilt wird, hat er grundsätzlich das Recht, an der Universität zu arbeiten.“ Man behalte die Diskussion um die Äußerungen und Auftritte von Herrn Helferich aber im Blick und setze sich sachlich damit auseinander.

Zu diesen Vorwürfen gehört etwa auch das Bewerben und Verlosen des Skandal-Buches *Finis Germania* (dt.: *Das Ende Deutschlands*) vom verstorbenen Historiker Rolf Peter Sieferle auf dem Facebook-Profil Helferichs. Die im neurechten Antaios-Verlag unter der Leitung des neurechten Publizisten Götz Kubitschek erschienene Textsammlung ist umstritten. Die einen sehen darin ein „zutiefst von antisemitischen Vorstellungen“

Studieren mit Pflicht



Drohend liegt sie in der Luft: Die Anwesenheitspflicht. Was Uni und AStA dazu sagen, lest ihr auf **Seite 2**.

Abschluss mit Kür



Im Schatten der Zeche Zollverein stellen Studierende der Folkwang Universität ihre Abschlussarbeiten aus. Was ihr da zu sehen bekommt, lest ihr auf **Seite 4**.

aktuell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.aktuell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/aktuell/ und bei Twitter via [@aktuell](https://twitter.com/aktuell).

getränktes Werk, wie der Politikwissenschaftler Herfried Münkler. Andere widersprechen: Literaturwissenschaftler Rüdiger Safranski bezeichnete die Kritik als „fahrlässige und hysterische Debatte.“

Auf Facebook reagierte die Hochschule so: „Die Uni distanziert sich von jeglicher radikalen oder extremen politischen Gesinnung. Wir bekennen uns eindeutig zum Leitbild der Weltoffenheit.“ Darunter fielen auch Antisemitismus und Nationalsozialismus. Es ist nicht das erste Mal, dass die Uni mit rechten Strukturen konfrontiert ist. Im Dezember 2013 outeten als Weihnachtsmänner verkleidete Studierende den Neonazi Michael Brück als Mitglied der Partei Die Rechte während einer Jura-Vorlesung. Dabei kam es zu Tumulten und im Anschluss zu Schlagzeilen über die Universität.

Auch Brück konnte nach dem Vorfall weiter an der Bochumer Uni studieren – allerdings organisierten AStA und Rektorat danach gemeinsam die Veranstaltungsreihe für Vielfalt und Toleranz. Der Journalist Marcus Arndt, der das Bild vom Kornblumentragenden Helferich bei Twitter gepostet hatte, kommentiert das auf Facebook so: „Oder wie war das noch mit dem Rechtsextremisten Michael Brück? ‚Damals wie heute alles nette Leute‘ lautet wohl das Motto der RUB.“ **[mac]**

Schwarz-Gelb will zurück zur Anwesenheitspflicht

Kommentar

Neumühl ist (nicht) neu rechts

von Dennis Pesch

Im Duisburger Stadtteil Neumühl haben 21,1 Prozent der Wähler*innen im Zuge der Bundestagswahl der AfD ihre Stimme gegeben. Der Schock sitzt tief, so auch bei Anja Buchmüller-Brand, die Pfarrerin der Evangelischen Kirchengemeinde in Neumühl ist. Sie sagte *RP Online*: „Offene Fremdenfeindlichkeit begegnet mir hier so nicht.“ Andere Neumühler*innen fürchten: der Ruf des Stadtteils könne leiden, weil man demnächst „als Nazi-Hochburg“ abgestempelt werden könne.

Als hätte Neumühl diesen Ruf nicht zu Recht und schon lange. Man muss sich nur an die Demos der extrem Rechten erinnern, 2013, als aus einem ehemaligen Krankenhaus eine Landesasylunterkunft wurde. Schon bei der Kommunalwahl 2014 räumte Pro NRW fast zehn Prozent der Stimmen ab. Eine folgenreiche Entwicklung: So entsandte man Egon Rohmann in den Duisburger Stadtrat, der mit der NPD-Ratsfrau Melanie Händelkes später eine Fraktion bildete und maßgeblich an Pegida NRW in Duisburg beteiligt war. Duisburg war eine der ersten Städte, in denen sich der Rechtsruck vollzog, es vermehrt zu rassistischen Ausschreitungen und Anschlägen kam.

Dass die Pfarrerin nichts von dem offenen Rassismus im Stadtteil mitbekommen haben will, kann man ihr eigentlich nicht glauben. Schließlich standen die NPD und rassistische Bürger*innen ja direkt vor ihrer Kirche, als die mit Glockengeläute versuchte, eine Demonstration der NPD im August 2016 zu Recht bei der Verbreitung ihrer Hetze zu stören. Dass einige Bürger*innen sich der Realität entziehen, hängt vor allem damit zusammen, dass sie nicht Zielscheibe des Mobs sind.

Erschreckender ist nur die Tatsache, dass der Lokaljournalismus sein Wirken darauf beschränkt, einmal durch den Stadtteil zu laufen, um für die Sensation AfD-Wähler*innen entgegen jeglicher Kriminalstatistik von gestiegenen Straftaten wegen der Zuwanderung von Geflüchteten schwadronieren zu lassen und dann vermutlich erst zu den nächsten Bundestagswahlen wieder im Stadtteil auf Spurensuche zu gehen. Nun angebracht wäre allerdings eine tiefergehende Recherche, konsequentes antifaschistisches Engagement und eine Konfrontation mit AfD-Wähler*innen, die den Namen auch verdient.

Die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (parteilos) möchte die Anwesenheitspflicht an Universitäten wieder einführen. Die Pläne der neuen NRW-Landesregierung könnten den Alltag von Studierenden erheblich beeinträchtigen, beklagen dagegen Studierendenvertreter*innen.

„Das starre Verbot von Anwesenheitspflichten im klassischen Seminar“ soll abgeschafft werden, betonte Pfeiffer-Poensgen am Mittwoch in einer Rede. Derzeit gilt die Pflicht nur noch in Sprachkursen, praktischen Übungen und Praktika – so wollte es das von der ehemaligen rot-grünen Landesregierung eingeführte Hochschulzukunftsgesetz. Das will die neue schwarz-gelbe Koalition jetzt rückabwickeln. Die Universitäten sollen nach Vorstellungen der Wissenschaftsministerin wieder Nachweise über die Anwesenheit verlangen können, etwa in Form von Unterschriftenlisten. Die Entscheidung darüber soll aber bei den Hochschulen liegen. Wann konkret eine Novellierung des Hochschulgesetzes – die nach dem Wechsel der Landesregierung zum Standardprogramm in der Politik gehört – erfolgen wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

Ob die Universität Duisburg-Essen den Plänen der Landesregierung folgen wird, steht ebenfalls noch nicht fest. „Eine Diskussion dieser ganz aktuellen Meldung hat in den einschlägigen Gremien wie der Kommission für Lehre, Studium und Weiterbildung noch nicht stattfinden können“, sagt Isabell van Ackeren, Prorektorin für Studium und Lehre. Bereits in der Senatssitzung vom 1. September wurde sie auf die Pläne der Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht angesprochen, verneinte allerdings das Vorhaben und bezog sich auf das geltende Hochschulgesetz. Dass eine Rückkehr zur Anwesenheitspflicht an der UDE ausgeschlossen ist, heißt das aber noch nicht.

Für die Betroffenen hätte die Wiedereinführung weitreichende Folgen, betont AstA-Vorsitzender Marcus Lamprecht (Grüne Hochschulgruppe): „Für Studierende bedeutet Anwesenheitspflicht eine Einschränkung in der Freiheit des Studiums. Ihnen wird die Selbstbestimmung genommen und sie führt in vielen Fällen zu erheblichen Beeinträchtigungen.“ Studierende hätten neben der Universität noch andere Belastungen – einige müssten Betreuungsaufgaben wahrnehmen und viele müssten arbeiten, um sich das Studium zu finanzieren. Mit einer Anwesenheitspflicht sei das nur



Volles Haus dank Anwesenheitspflicht? Das wünscht sich zumindest die schwarz-gelbe Regierung (Archivfoto: dpe).

schwer möglich.

Dass die Präsenz in einer Lehrveranstaltung durchaus sinnvoll sein kann, findet auch Lamprecht. Aber: „Dies geschieht nicht durch eine Anwesenheitspflicht, die Studierenden zu einer Last wird und dazu führt, dass die Uni eine reine Pflichtübung statt der Möglichkeit zur eigenen Entfaltung im selbstbestimmten Studium wird“, so der AstA-Vorsitzende. Er verweist zudem darauf, dass es keine Erkenntnisse darüber gibt, ob Seminarinhalte durch eine Präsenzplicht besser erlernt würden. Prorektorin van Ackeren hält dem entgegen, dass sowohl Dozierende als auch Studierende vermehrt Rückmeldung gaben, dass die unmittelbare Interaktion im Seminar für einen Lernprozess zum Teil notwendig sei.

Lamprecht kritisiert dagegen die schwarz-gelbe Landesregierung scharf: „Das, was bisher im Wissenschaftsbereich von CDU und FDP zu erkennen ist, wirkt konzeptlos und ist eine Rückabwicklung aller Verbesserungen, die in den vergangenen Jahren erreicht wurden.“ Studierende würden durch die Politik der Landesregierung gestraft. Besonders internationale Studierende litten unter den neuen Vorhaben der Landesregierung. „Sie müssten nun eigentlich arbeiten, um sich die Studiengebühren leisten zu können, sollen aber gleichzeitig erzwungenermaßen anwesend sein“, so Lamprecht weiter. Schließlich planen CDU und FDP nach dem baden-württembergischen Vorbild auch hier Studiengebühren in Höhe von 1.500 Euro pro Semester für EU-Ausländer*innen einzuführen. [fro]

Wie eine AfD-Professorin den Rechtsstaat für tot erklärt

Seit Wochen ist Karin Kaiser Thema an der Hochschule Niederrhein (HS Niederrhein). Die Professorin für Wirtschaftsprüfung wollte drei Tage vor den Bundestagswahlen, am 21. September, die Veranstaltung „Tod des Rechtsstaats“ an ihrem Arbeitsplatz in Mönchengladbach durchführen. Mit dem selben Thema trat sie zur Bundestagswahl auf Platz acht der Landesliste der AfD Schleswig-Holstein an. In einer sechsstufigen Erklärung schildert Kaiser ihre persönliche Niederlage vor Gericht, aus der sie den Tod des Rechtsstaates ableitet.

Anfang September rumorte es an der Hochschule Niederrhein. Der Allgemeine Studierendenausschuss (ASa) kritisierte früh vor Kaisers Veranstaltung, dass es sich um verdeckten Wahlkampf

Kaiser zeigte sich unbeeindruckt von der Kritik. Sie gab am 12. September eine Pressemitteilung heraus, weil der Landtagsabgeordnete Dietmar Bell (SPD) eine kleine Anfrage an die Landesregierung NRW wegen der Auseinandersetzung um ihre Veranstaltung gestellt hatte. Schon die Kritik an der Ausrichtung ihrer Veranstaltung nannte sie „einen schwerwiegenden Eingriff in mein Grundrecht auf Forschungsfreiheit“. In der Pressemitteilung schreibt Kaiser, dass bei Bells Anfrage offen bleibe, „ob die SPD die Forschung unter die parlamentarische Kontrolle stellen“ wolle und mutmaßte, dass den Sozialdemokrat*innen das „Bild eines richterlichen Beamten wie ihn die alten Preußen kannten, wie er die Weimarer Republik und die Nazizeit überdauert hat“ gefallen könne. Geht es nach ihr, hätten Richter*innen „bis heute nicht [die] volle Emanzipation von der Exekutiven und Legislativen erfahren“. Interessant wird es am Ende der Pressemitteilung, denn dort verweist sie auf ihre angeblichen Forschungsergebnisse zum Thema.

Kaiser gab auf Nachfrage der aktuell am 22. September eine sechsstufige Stellungnahme ab, in der sie an Beispielen erklärt, warum der Rechtsstaat tot sei. Wenige Zeilen widmet sie einigen Gesetzgebungen und dem Verfahren zur Berufung von Richter*innen. Vor allem beruft sie sich auf zwei Skandale in der Justiz-Geschichte. Fall eins ist Gustl Mollath, der 2006 in den psychiatrischen Maßregelvollzug kam, 2014 nach einem Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde und sich währenddessen in psychiatrischer Maßregelvollzug befand. Fall zwei ist die sogenannte Steuerfahnder-Affäre in Hessen Mitte der 2000er Jahre, bei der diverse Steuerfahnder*innen psychologisch falsch begutachtet in Zwangsruhestand versetzt, dann 2015 durch das Oberlandesgericht Frankfurt rehabilitiert wurden.

Was ein Anwalt dazu sagt

Die aktuell sprach über Kaisers Thesen mit Jürgen Küttner, einem Anwalt für Verfassungsrecht. Er sagt, dass „wir selbst in dem vom Grundgesetz vorgesehenen System Schwächen finden“. Im Grundsystem des Rechtsstaates gebe es verdrehbare Stellschrauben, etwa beim Verwaltungsgericht: „Spruchkörper und Kommunen kennen sich, die haben immer miteinander zu tun“, sagt Küttner und kritisiert: „Das ist nicht besonders schön und ein strukturelles Problem, denn die Verwaltungen haben dann einen kleinen Vorteil.“ Allerdings, sagt der Anwalt Küttner: „Wenn es ein Urteil gibt, das nicht in Ordnung ist, dann kann man es überprüfen lassen.“ Die von Kaiser geschilderte Fälle seien nicht repräsentativ: „Selbst wenn das ein Fehlurteil ist, dann ist es systemimmanent“, sagt der Anwalt. Aus Küttners Sicht sei das nur logisch, wenn Richter*innen das ganze Jahr teilweise bis zu 5.000

Entscheidungen treffen, „dann passieren auch mal Fehler.“ Das sei zwar schlimm und sollte nicht passieren, „aber das stellt nicht das System in Frage.“ Kritik übt Küttner an der mangelnden Forschung der AfD-Hochschulprofessorin: „Von einem subjektiven Gefühl auf diesen Missstand zu schließen, ist keine wissenschaftliche Arbeit“ sagt er.

Kaiser selbst sieht sich durch die Justiz betrogen. Die AfD-Hochschulprofessorin wollte auf Lebenszeit verbeamtet werden, offenbar machte ihr eine dafür übliche Berufungskommission an der Fachhochschule Kiel einen Strich durch die Rechnung. Kaisers Darstellungen zeugen von persönlichen Kränkungen, die Berufungskommission habe ein Gutachten erstellt, das „falsche Tatsachendarstellungen und Anschuldigungen“ enthalte, ihr sei vorgeworfen worden, „wesentliche fachliche Fehler in Grundlagenveranstaltungen der Buchführung gemacht“ zu haben.

Das Todesurteil

Für sie blieben verschwörungstheoretische Fragen: „Wer könnte ein Interesse daran haben, dass Karin Kaiser nicht mehr als Professorin in Schleswig-Holstein tätig sein würde? Wollte man nicht, dass ich einen Forschungsschwerpunkt im Bereich der Wirtschaftskriminalität aufbauen würde?“ Kaiser habe um ihr Recht gekämpft, zog vor das Verwaltungsgericht in Schleswig-Holstein. Das Gericht sei ihrem Wunsch nach „Beamtenverhältnis auf Lebenszeit“ nicht nachgekommen, sagt sie. Die Fachhochschule sollte nur die „Feststellung meiner pädagogischen Eignung unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu verbescheiden“. Weil Kaiser mit dem Urteil unzufrieden war, legte sie ohne Erfolg beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Beschwerde ein, stellte Strafanträge „gegen Richter [...] und Personen in der Fachhochschule Kiel wegen des Verdachts von Rechtsbeugung, Verleumdung, Urkundenfälschung, Bestechlichkeit und anderer Delikte“. Sogar an die Bundeskanzlerin wandte sich Kaiser, ebenfalls ohne Erfolg. Kaiser behauptet ihre Menschenwürde sei „in unerträglicher Weise verletzt worden“ – auch wegen ihres Falls sei der Rechtsstaat tot.

Die Hochschule zieht aus den Vorfällen keine Konsequenzen, obwohl Kaiser ihre Stellungnahme über ihren E-Mail-Account der HS Niederrhein verschickt hat. Zudem entsprechen ihre Forschungen nicht den wissenschaftlichen Standards. Sie nennt unzureichend Quellen und Forschungsdaten, hat keine Zitate oder Anhänge zur Überprüfung ihrer Thesen nachgewiesen. Für die HS Niederrhein ist das kein Problem. Sprecher Christian Sonntag erklärte auf Nachfrage der aktuell: „Als Standard bei uns gilt der Versuch im Rahmen der Forschung innovativ zu sein und sich an die Gesetze zu halten.“ Kaisers Thesen wolle man nicht kommentieren, sagt Sonntag. Sie habe diese aber „soweit uns bekannt ist, bislang nicht in Lehrveranstaltungen mit Studierenden geäußert“. Die restlichen Äußerungen von Kaiser seien eine „freie Meinungsäußerung“, ein klares Bekenntnis zu der Professorin ist das nicht. [dpe]



Wenn die AfD „das Volk“ ist, erst dann ist auch der Rechtsstaat am Ende. (Foto: dpe)

der AfD handle. Schon Monate zuvor hatte die Professorin den Rechtsstaat für tot erklärt, schrieb einen offenen Brief, in dem sie Regierungen, Parlamente, Richter und Staatsanwälte aufforderte, „den Rechtsstaat wiederherzustellen“. Ähnliches sagte sie auch in einem Video im hauseigenen AfD-Kanal: „Wir brauchen unabhängige Richter und Staatsanwälte“.

Von Nazis und falschen Gutachten

Dass die Veranstaltung mit Kaiser an der HS Niederrhein platzte, lag nicht daran, dass sie ihre AfD-Propaganda an Studierende vermitteln wollte. Vielmehr stieß der Hochschule auf, dass ihnen „bei Antragstellung nicht alle Informationen vorlagen“. Gegenüber der Rheinischen Post räumte Kaiser ein, dass sie die Veranstaltung nutzen wolle, um einen Maßnahmen-Katalog zu erarbeiten und ihn an die neue Bundesregierung zu übergeben. Das gab den Ausschlag für die Hochschule, die ihre parteipolitische Neutralität erst damit „in Gefahr“ sah.

Kunst, die nicht weg kann

„Was machen die da eigentlich acht Semester lang?“ Eine Frage, die nicht selten gestellt wird, wenn es um die Gestaltungsstudierenden der Essener Folkwang Universität der Künste geht. Eine differenzierte Antwort hat man darauf nicht: „Die machen da halt Kunst. Etwas, von dem nicht viele was verstehen.“ Seit vergangenen Donnerstag, 28. September, lüften die Studierenden das mysteriöse Geheimnis: Sie stellen im Rahmen der Folkwang Finale 2017 auf drei Etagen des SANAA-Gebäudes am Campus Welterbe Zeche-Zollverein ihre Abschlussarbeiten aus. Gastautorin Britta Rybicki war vor Ort. Ein Erfahrungsbericht:

Der progressive Neubau ist durch seine großen Fenster lichtdurchflutet, wodurch die Räumlichkeiten beinahe unendlich wirken. Bereits die Architektur beeindruckt und überfordert mich. Banausin ist nun wirklich keine Bezeichnung, die man gerne hört. Bei der Bewertung meines gefühlten Kunstverständnisses würde ich das geschmacklose Substantiv allerdings über mich ergehen lassen. Und wie in so ziemlich jeder unkonventionellen Ausstellung kämpfe ich mich orientierungslos von einer zur nächsten Werkbeschreibung. In Stationen angeordnet stellen die Absolvent*innen des Studiengangs Industrial Design ihre Prototypen und Arbeitsskizzen zur Schau.

Ira Ortmann erledigt den letzten schweißtreibenden Schliff an ihrer „flexiblen Sitzbank für die Passagierluftfahrt“. Sie befasst sich mit der rapiden Zunahme der Flugreisenden. „Fliegen ist gerade so populär wie noch nie“, meint Ira. Wodurch auch die Varietät des Nutzer*innenspektrums der Air Busse zunimmt. Weniger Komfort oder höhere Preise verzeihen die Gäste der Zukunft ihren Fluggesellschaften womöglich nicht. Also brauche es unbedingt Innovationen, schreibt die Absolventin in ihrem Wandtext. Mit wenigen Handgriffen lassen sich die zwei bis drei Sitzplätze in der Kabine montieren und die Passagiere können so im Vorfeld selbst entscheiden, welche Sitzbreite sie buchen möchten. Ich bin irritiert. Mit so viel Pragmatismus habe ich in einer kreativen Abschlussarbeit nicht gerechnet. Wobei die Bank sicher eine behagliche Lösung für das künftige First World Problem ist.

Auf meine Sehnsucht nach Skurrilität und Reflexion hat Ronja Farina Harder mit „Durchblick“ eine Antwort parat. Die Idee vom Raum im Raum entstand im Jahr 2016 bei der Eröffnung des Cafés Hayati im Essener Grillo-Theater. Dort arbeiten Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Geflüchtete. Ronjas Installation erzählt die Geschichte zweier Mitar-

beiter aus Syrien. Die knapp zwei Meter hohen Glaswände öffnen den Raum nicht nur, sie lassen Betrachter*innen durchblicken. Die Diaphane offenbaren die Kriegs- und Fluchterlebnisse ihrer Protagonisten. Ich sehe arabische Schriftzeichen und Fotos einer lebensbedrohlichen Reise durch Wälder und über Gewässer. Dahinter entdecke ich mein Spiegelbild. Für einen Moment werde ich so zum Teil von Ronjas Abschlussarbeit. Wenige Sekunden entsteht ein Berührungspunkt zwischen mir und den Schicksalsschlägen dieser zwei Menschen. Ronja erreicht, was sie will: Sie schafft Intimität und Nähe zwischen drei völlig gegensätzlichen Leben.

Supreme und Buffalo

Nachdem der Sicherheitsmann mich freundlich



Passen nicht auf ein Bild: die über 50 Abschlussarbeiten (Foto: Britta Rybicki)

darauf aufmerksam macht, dass es noch zwei weitere Etagen gibt, mach ich mich auf in den nächsten Stock. Im Fachbereich Fotografie empfängt mich die Abschlussarbeit von Lukas Wenninger. Auf den ersten Blick ist es fast so, als würde ich durch die Seiten eines Streetfashion-Magazins laufen. Die abgeblendetten Menschen zeigen sich in Buffalo und Supreme und sehen dabei nicht besonders glücklich aus. Wie in der Mode-Blase eigentlich keiner, denn es geht um Coolness. Mit „In Between – Zwischen Mode und Kunst“ kritisiert Lukas die unerreichbare High-Fashion-Welt und den Drang der Konsument*innen, daran teilzunehmen. Und wie auf eigentlich alles, hat

der Markt auch dafür eine Lösung. Dieser vertröste seine Fans mit Fake-Mode, Merchandise Produkte und Limited Editions, schreibt Lukas in seiner Inhaltsangabe.

Franz Kafka und Liebesbriefe

Mein persönliches Highlight finde ich auf der dritten Etage. Die Studiengänge Kommunikationsdesign und Heterotopia sagen mir erst mal nichts. Und trotzdem packt mich die Abschlussarbeit von Alexander Bönninger wie keine andere. Franz Kafka liegt auf einem Holztisch an seiner Station aus. Neugierig schlage ich das blaue Buch auf und finde zu meiner Überraschung keinen Fließtext, sondern ein System. Was in der Heizer auf den ersten Blick wie eine sehr unübersichtliche Mindmap wirkt, ist ein Portrait der Romanfigur. Dargestellt in einem facettenreichen Schema. Ich brauche eine Weile, um es zu begreifen. Verglichen mit einem geschriebenen Portrait, ist dieses viel mehr als eine bloße Anreihung von Fakten.

An den Holzbüsten direkt dahinter hängt ein weiteres Werk von Alexander: Ein Liebesbrief von Markus. Dieser richtet sich an Michelle, die ziemlich bezaubernd sein muss. Gefühle und Emotionen, ihre Anwesenheit, Vereinfachung, das Kennenlernen und die Seelenverwandtschaft sind Überschriften, die das Liebesgeständnis sortieren. Was erst mal kompliziert wirkt, ist letztlich doch sehr romantisch. Nie zuvor hatte ich so einen differenzierten Einblick in das Verliebtheitsgefühl und dessen Rausch. „Ich habe mich intensiver mit Gebärdensprache beschäftigt, wobei mir aufgefallen ist, dass das System dahinter ein ganz anderes ist“, erklärt mir Alexander, als ich ihn frage, was er sich dabei gedacht hat. Meine zweite Frage, ob er denn auch schon mal so einen Brief verschickt habe, überhört der Künstler und schmunzelt.

Neues Kunstverständnis?

Insgesamt verbringe ich drei Stunden in der Ausstellung. Ganz freiwillig und angeregt bewundere ich die Abschlussarbeiten der über 50 Absolvent*innen. Die Mischung aus Geschichten von Schicksalsschlägen, neoliberalen Pragmatismus, Kapitalismuskritik und die Umstrukturierung von Sprache belehrt mich eines Besseren. In einer Sache gebe ich dem Künstler Pablo Picasso jetzt nämlich Recht: Wenn mich jemand fragt, was Kunst ist, würde ich es nicht beantworten, selbst wenn ich es wüsste. Denn es wäre womöglich immer eine Verkürzung. Die Studierenden der Folkwang bleiben also weiterhin geheimnisvoll.

300er-Schallmauer bald durchbrochen

VRR, Nextbike und Kulturticket: Während der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Uni Duisburg-Essen für neu eingeführte Projekte zahlen muss, steigt auch der Mobilitätsbeitrag. Außerdem hat sich die Studierendenvertretung auf einen Wahltermin fürs neue Studierendenparlament geeinigt.

Der AStA hat's doch – könnte man meinen. Etwa zwei Millionen Euro liegen derzeit auf der hohen Kante. Trotzdem müsse darüber nachgedacht werden, zukünftig den Beitrag für den AStA anzuheben, meinen einige Parlamentarier*innen. Finanziert werden von den momentan 13 Euro pro Semester beispielsweise das Campusfest, vom AStA durchgeführte Vorträge, die aktuell sowie Veranstaltungen von Initiativen oder der Studierendenschaft. Neu dazugekommen sind jetzt noch die Theaterflatrate und der Vertrag mit Nextbike. Auf der vergangenen Sitzung des Studierendenparlaments am Donnerstag, 21. September, wurde die Einführung einer Theater-Flatrate in Kooperation mit Essener Theatern und Philharmonie (TUP) beschlossen. Studierende sollen Veranstaltungen für einen Euro besuchen können. Für das kommende Winter- und Sommersemester kostet die Flatrate den AStA insgesamt 1,70 Euro pro Student*in. Danach will man schauen, wie das Projekt angekommen ist und ob es fortgesetzt werden soll.

Eine weitere Kostenstelle ist die Kooperation mit dem Fahrradverleih Nextbike. Sie ermöglicht es Studierenden, je eine Stunde lang unbegrenzt oft Fahrräder des Verleihs kostenlos zu nutzen. Pro Student*in und pro Semester werden laut Vertrag 1,50 Euro fällig, insgesamt 125.000 Euro pro Haushaltsjahr. Damit muss fast ein Zehntel der nicht zweckgebundenen Mittel des AStAs für Nextbike aufgebracht werden. Um die Investitionen finanzieren zu können, müsse man künftig über eine Erhöhung des AStA-Beitrages nachdenken, meint AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht (Grüne Hochschulgruppe). „Wenn wir die Mehrkosten einfach von den Rücklagen bezahlen, sind die in etwa vier Jahren aufgebraucht“, pflichtet ihm auch Finanzreferent Pascal Winter (Jusos) bei.

„Damit überschreiten wir jetzt die 300-Euro-Schwelle“, beklagt sich Lamprecht. Ab dem Sommersemester 2018 müssen Studierende erstmals an der Universität Duisburg-Essen mehr als 300 Euro Semesterbeitrag zahlen. Statt die bisherigen 297,38 Euro kostet Studieren dann 304,62 Euro pro Semester. Die zusätzlichen 7,34 Euro gehen an den Verkehrsbund Rhein-Ruhr (VRR). Das VRR-Ticket wird von 138,48 Euro auf 143,83 Euro erhöht, das NRW-Ticket von 50,90 Euro auf 52,80 Euro.

Plötzlich kommt die Preiserhöhung jedoch nicht. Schon seit dem Wintersemester 2015/16 erhöht sich der Preis des Tickets stetig. Vor zirka vier Jahren war das VRR-Ticket 32 Euro günstiger. Noch bis 2019 soll es zu weiteren Erhöhungen kommen. Bis dahin wird der VRR die Ticketpreise um 43 Prozent erhöht haben (aktuell berichtete).



Neuer Rekord: An der UDE zahlen Studierende bald mehr als 300 Euro Semesterbeitrag. (Foto: fro)

Nachdem man 20 Jahre lang keine Kalkulation durchgeführt hatte, begründete der Verkehrsbund die massive Preissteigerung damit, dass immer mehr Studierende immer weitere Strecken zurücklegen würden. Proteste von Studierenden gegen die Erhöhung waren gescheitert.

Wahlen im Dezember

Die Parlamentarier*innen stimmten außerdem zu, die Wahl des neuen Studierendenparlaments in der Woche vom Montag, 27. November, bis Freitag, 1. Dezember, anzusetzen. Eine qualifizierte Mehrheit, die nach der Abwahl und den Rücktritten vieler Referent*innen in Folge der umstrittenen Nahost-Veranstaltung einen vollzähligen AStA wählen würde, konnte bisher nicht erreicht werden (aktuell berichtete). Das bedeutet, dass der AStA noch eine lange Zeit unterbesetzt bleiben und querbeet aus den hochschulpolitischen Listen getragen wird. Statt sonst 20 arbeiten derzeit nur elf Referent*innen in der studentischen Selbstverwaltung (aktuell berichtete). Im ungünstigsten Fall könnte die Situation bis ins kommende Jahr andauern. Schließlich müssen nach der Wahl zunächst Koalitionsgespräche geführt werden, die je nach Mehrheitsverhältnissen lange dauern können.

Auch im Studierendenparlament ist die Arbeit derzeit schwierig, da viele Parlamentarier*innen – zum Teil unangekündigt – Sitzungen fernblieben. Die Folge: Das Studierendenparlament ist oft nicht beschlussfähig und über Anträge kann nicht abgestimmt werden. „Insgesamt finde ich es sehr ärgerlich, dass die Unabhängigen Demokraten komplett durch Abwesenheit glänzten und von der Internationale Liste nur eine von sechs Parlamentarier*innen anwesend war. Nur eine Liste war in voller Stärke vertreten“, heißt es von Präsidiumsmitglied Fabian Franken. [fro]

Belauschen

Sprengnagel auf der litRUHR



„Burkaverbot befreit Frauen wie es sonst Hugh Hefner nur könnte“. Wer Stefanie Sprengnagel aka Stefanie Sargnagel bei Twitter oder Facebook abonniert hat, kennt sie bereits: polemisch-ironische Kurznachrichten. Mit ihrem ganz eigenen Humor und dem neuen Buch *Statusmeldungen* im Gepäck ist sie jetzt wieder in NRW zu Gast – bei der ersten Ausgabe der litRUHR in Bochum.

↗ **Mittwoch, 04.10., ab 19.30 Uhr, Zeche Bochum, Prinz-Regent-Straße 50-60, 44795 Bochum, VVK 14 Euro, AK 19 Euro, ermäßigt je 10 oder 15 Euro**

Betazen

Roma Kulturtage

Im Rahmen des 4. Dortmunder Roma Kulturfestes findet am Freitag die Blockparty mit unter anderem der Gipsy Mafia und SBK Basement statt. Neben derben Hip-Hop Beats und anderem krassem Rapshit geht es um Breakdance, Graffiti und Skaten. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt, noch dazu ist der Eintritt zur Veranstaltung frei.

↗ **Freitag, 06.10., ab 18 Uhr, Dietrich-Keuning-Haus, Dortmund, Leopoldstraße 50-58, Eintritt frei**

Ballern

AZ Mülheim wird 20

An zwei Tagen zelebriert das Autonome Zentrum Mülheim das 20-jährige Bestehen. Freitag und Samstag beginnt der Abend mit Konzerten aus den Genres Punk, Rock und Hardcore. Im Anschluss können die Hüftgelenke zu Musik von Turn-Table Künstler*innen bewegt werden. Neben Musik gibt es auch eine Ausstellung über die vergangenen 20 Jahre autonomer Subkultur. Und das Verlangen aller risikofreudigen Glücksspieler*innen unter euch dürfte mit einer Tombola befriedigt werden.

↗ **Freitag & Samstag, 06. & 07.10., ab 17.30 Uhr, Autonomes Zentrum, Mülheim, Eintritt jeweils 5 Euro**

Keine wehrlose Puppe

Auf den Trümmern der Sowjetunion wird Samira geboren. In Freiheit lebt sie vorläufig nicht. Wohlstand wird für sie schnell zu einer Utopie. Ihre Betrachter*innen bezeichnen sie als „bildschön“. Trotzdem ist es die falsche Schönheit, denn sie führt zu ihrer Ausgrenzung. Minimal kann sie daraus einen Nutzen ziehen – und schon bald tun es Dritte. Lana Lux, 30, nannte die Hauptfigur ihres gleichnamigen Romans *Kukolka*, was aus dem Russischen mit Puppe übersetzt wird. Gastautorin Britta Rybicki hat das Stationendrama gelesen und mit Lana Lux darüber gesprochen:

ak[due]ll: Für den lockeren Einstieg: Mit welchen drei Worten würdest du deine Hauptfigur Samira beschreiben?

Lana Lux: Feuer, Leder und Smaragd.

ak[due]ll: Erzähl mir von *Kukolka*.

Lana Lux: Wir befinden uns im Jahr 1996, als die fünfjährige Samira beginnt, ihre Geschichte zu erzählen. Sie lebt in einem ukrainischen Waisenhaus und lernt dort früh, sich anzupassen. Ihre beste Freundin Marina wird von einem Paar aus Deutschland adoptiert. Ein Paket, das Marina ihr kurze Zeit später schickt, zeigt Samira ihr neues paradiesisches Leben. Von da an träumt sie von Wohlstand und einer Familie; sie begibt sich auf die Reise nach Deutschland.

ak[due]ll: Und dann beginnt ihr Kampf ums Überleben.

Lana Lux: Sie landet direkt auf der Straße und begegnet Rockey, der ihr Arbeit anbietet. Arbeiten bedeutet: Klauen, betteln und vorsingen. Als sie erwachsener ist, wird sie zum Objekt seiner pädophilen Begierde. Eher zufällig verliebt sie sich mit zwölf Jahren in den schönen Dima, der sie schließlich mit einem falschen Pass nach Berlin bringt. Endlich ist sie ihrem Traum näher: Sie hegt große Hoffnung auf ein Treffen mit Marina und malt sich ein gutes Leben mit ihrem Liebsten aus.

ak[due]ll: Doch Dima hat ganz andere Pläne für sie, stimmt's?

Lana Lux: Mit dreizehn führt er sie an die Prostitution heran. Sie versucht sich zu wehren, doch er setzt sie unter emotionalen Druck. Zwei Jahre später ist sie kaum noch sie selbst. Dima verkauft sie an eine Agentur, die menschenverachtende Dienstleistungen erzwingt. Ihr ungebrochener Lebenswille hilft ihr – mehr verrate ich aber nicht.

ak[due]ll: *Kukolka* war wie ein Horrortrip für mich: Ich hab geweint, gehofft und war

angeekelt. Ist Samiras Geschichte wahr?

Lana Lux: Samira ist eine fiktive Romanfigur. Für mich ist sie aber real. Drei Jahre lang hat sie mich begleitet, drei Jahre lang sah ich die Welt aus ihren Augen. Es ist also kein Portrait, sondern eine universelle Geschichte, die viele Prinzipien des Lebens in sich birgt. Auf den ersten Blick geht es um Menschenhandel und Zwangsprostitution. Auf den



*Im Gespräch über ihren
Erstroman: Autorin Lana
Lux. (Foto: privat)*

Zweiten um Abhängigkeit, Liebe, Stigmatisierung, Sexualität, Moral, Machtgefälle, Normen und Werte.

ak[due]ll: Eine ganze Weile wart ihr also wie miteinander verschmolzen. Hast du ihr denn deine Eigenschaften geliehen?

Lana Lux: Auch wenn es erst mal so scheint, aber meine Migration aus der Ukraine nach Deutschland verbindet uns nicht. Ich wollte nämlich überhaupt nicht nach Deutschland. Uns verbindet wohl eher der Blick auf die Dinge. Ein gewisser Pragmatismus und eine Art Zähigkeit – egal was kommt. Ich habe viele unangenehme Dinge im Leben erfahren, die ich hier nicht erklären möchte. Im Nachhinein betrachtet waren sie furchtbar, sie waren damals allerdings meine Realität – und dadurch irgendwie „normal“. Diese vermeintliche Normalität verbindet uns.

ak[due]ll: Es heißt: Ideen und Inspirationen entstehen an den ungewöhnlichsten Orten: Unter der Dusche, am Strand in Australien, in der Eiseskälte der Alpen, im Stau oder ausgelaugt auf dem Heimweg. Wann wusstest du, dass du diese Geschichte aufschreiben willst?

Lana Lux: Es passierte während einer Schreibübung zum Thema Kinderbücher, die ich im Rahmen eines VHS-Kurses besuchte. In wenigen Minuten malte ich mir ihre Figur vor meinem inneren Auge aus – sehr plastisch. Von da an ließ sie mich nicht mehr los. Für die ersten beiden Romanteile, die in der Ukraine spielen, bediente ich mich meiner Erinnerung. Für den Rest informierte ich mich intensiv über Prostitution, Zwangsprostitution, Pädophilie, Gewalt und Menschenhandel. Irgendwann gab es dann kein Zurück mehr. Die Geschichte musste geschrieben werden. Ihre aktuelle Dringlichkeit ist mir erst im Schreibprozess bewusst geworden. Ich habe das Gefühl, dass die Geschichte sich eher mich ausgesucht hat und nicht umgekehrt.

ak[due]ll: Gefühlt steht auf jeder zweiten Seite das Wort „Zigeunerin“. Es ist nicht nur ein Schimpfwort, es wurde sogar vom NS-Regime zur Stigmatisierung verwendet. Deswegen schämt man sich fremd, sobald man es liest. Wie fühlt sich diese Zuschreibung für Samira an?

Lana Lux: Es ist auch in diesem Zusammenhang eine Beleidigung, eine Fremdzuschreibung und Stigmatisierung. Nirgends ist gesagt, zu welcher Ethnie Samira wirklich gehört. Im Laufe der Zeit nimmt sie diese Identität unhinterfragt an: Sie nennt sich in einem Gespräch selber Zigeunerin. Als ihr Gegenüber sie dann fragt, was diese Zuschreibung eigentlich bedeute, antwortet sie bloß: „Keine Ahnung, Mann. Die Leute sagen es mir halt, also werden die es schon wissen.“ Es geht also vielmehr darum, wie Merkmale in den Köpfen vieler Menschen Klischees erwecken. Menschen mit dunkler Haut sind Zigeuner. Klischees, die letztlich zu Vorurteilen heranreifen. Zigeuner haben das Klauen im Blut. Und wie diese schließlich als Stigmatisierung in ihnen selbst weiter wirken. Das Individuum wird kriminell. Um eine Möglichkeit zu nennen.

ak[due]ll: Hollywood sagt: Gute Geschichten brauchen ein Happy End. *Kukolka* hat – nun ja, ich will nicht spoilern – aber ein sehr spezielles Ende. Ist ein Roman ohne Happy End überhaupt erlaubt?

Lana Lux: Ich glaube ein Ende muss authentisch sein. Zu der Geschichte passen. Im Fall von *Kukolka* war dieses Ende ein „realistisches“ Happy End. Ein unrealistisches Happy End hätten weder ich noch Samira ausgehalten. Das hätte die Realitätsnähe des Romans zunichte gemacht. Ein realistisches Ende ohne „Happy End“ hätten vermutlich die Leser*innen nicht ertragen – und Samira nicht überlebt.

Himmel, Sand und eine Massenpanik



Tony und Sascha sitzen friedlich am Rhein – ein seltener Filmmoment aus *Das Leben danach*. (Foto: WDR/Alexander Fischerkoesen)

Loveparade 2010: 71 Menschen starben am 24. Juli in Duisburg während einer Massenpanik. Auch sieben Jahre später ist die juristische Aufarbeitung nicht abgeschlossen, keine*r der Verantwortlichen wurde bislang vor Gericht gestellt. Die Drehbuchautor*innen Eva und Volker Zahn haben die Geschehnisse zum Anlass genommen, um nach den persönlichen menschlichen Auswirkungen der Katastrophe zu fragen. Am 27. September wurde er im ARD erstausgestrahlt, in der Mediathek des Senders ist er bis zum 27. Dezember 2017 abrufbar.

Ein dunkler Tunnel, kaltes Oberlicht, elektronische Musik so rhythmisch und pulsierend wie ein Herzschlag oder Schritte. Der Soundtrack verzieht sich zu Tinnitus-ähnlich fiependen Geräuschen, ein schwer atmendes Mädchen läuft allein den Tunnel entlang. Als sie aus ihm herauskommt, steht sie vor einem Meer aus Kerzen, Stofftieren und Fotografien. Die Kamera fokussiert ein hölzernes Schild, auf das mit roter Farbe „Warum?“ geschrieben wurde in den Fokus – das Mädchen zerschmettert es und verwüstet weinend und schreiend den Gedenkort. So beginnt *Das Leben danach*. Regisseurin Nicole Weegmann steigt direkt in das Thema ein, kein langes Vorgeplänkel. Die Emotionalität und Anspannung des ARD-Fernsehfilms ist bereits in den ersten Minuten spürbar.

Pink als Trigger

Durch ihre Randalie ist das Mädchen – Antonia Schneider, genannt Tony (Jella Haase) – der Polizei aufgefallen, sie ergreift die Flucht in den Tunnel und steigt in ein Taxi ein. Der Taxifahrer Sascha Reinhardt (Carlo Ljubek) ist die zweite Hauptperson des Films, seine Geschichte bleibt jedoch über die weitesten Tei-

le im Dunklen und lüftet sich erst nach und nach. Über Taxifunk bekommt er mit, dass Tony wegen der Sachbeschädigung gesucht wird. Er liefert sie nicht bei der Polizei ab. Als sie sich bei einer anderen Gelegenheit in einer Bar begegnen, hat Tony gerade eine Panikattacke. Sascha hilft ihr, sich zu beruhigen. „Ich hab einen an der Klatsche. Ich war in der Loveparade“, stellt Tony nüchtern ihm gegenüber fest. Der Eindruck einer sich zwischen den beiden anbahnenden Liebesgeschichte verfestigt sich.

Dichte Menschenmengen, aber vor allem die Farbe Pink sind für Tony Auslöser ihrer Panikattacken. Fragmenthaft werden Ausschnitte ihrer Erinnerung an die Loveparade gezeigt. Wummernde Bässe, menschliche Körper wohin das Auge blickt, Schreie, eine pinke Federboa. Auch wenn *Das Leben danach* diese Szenen sehr sparsam einsetzt, gehen sie einem doch sehr nah und sind schwer auszuhalten. Ebenfalls nicht leicht zu ertragen ist das eingespielte Originalmaterial der Loveparade, das sich verschiedene Protagonist*innen immer wieder anschauen.

„Ich bin viel zu kaputt für Love and Peace“

Wie tief der Einschnitt einer Erfahrung wie der des Loveparade-Unglücks für die einzelne Person aber auch Menschengruppen sein kann, zeigt *Das Leben danach* sehr eindrücklich, beschönigt wird darin nichts. Einfach weitermachen, an das Davor anknüpfen, das scheint für Tony unmöglich zu sein. Ihre Schwiegermutter erzählt, wie sie Medizin studieren wollte – jetzt hat sie es nicht geschafft, das Abitur nachzumachen und findet keinen Job, da ihre Panikattacken sie oft im Griff haben. Tony wirkt perspektivlos. Ihre Familie, Freund*innen und auch Selbsthilfegruppe für Opfer der Loveparade scheinen sie nicht auffangen zu können. Ihr Leben scheint stehen geblieben zu sein.

„Du siehst eigentlich ganz zufrieden aus...

Du bist ein verstocktes Arschloch. Grüß die anderen.“ Mit diesen Worten verabschiedet sich Tony von einem ihrer Bekannten, der sich Jahre nach der Loveparade-Tragödie das Leben nahm. Die Zwiesprache löst Gänsehaut aus – und streift auch Fragen nach dem größeren Ganzen, den Geschichten von anderen Betroffenen. Leider ist diese Szene nur teilweise Fiktion: Laut Angaben der Selbsthilfegruppe LoPa-2010 vom Juli 2014 haben sich sechs Menschen aufgrund ihrer traumatischen Erlebnisse in den darauffolgenden Jahren das Leben genommen.

In seiner Konsequenz, die Auswirkungen der Loveparade anhand von zwei fiktiven Biografien aufzuzeigen, liegt zum einen die Stärke des Films. Jedoch fällt durch dieses Konzept auch etwas wichtiges hinten rüber: Der Umgang mit dem Thema in den Medien sowie die Suche nach Verantwortlichen. Die Frage, wer überhaupt angeklagt werden dürfte, beschäftigte lange Zeit das Duisburger Landgericht. Den Beschluss das Hauptverfahren erst gar nicht zu eröffnen, hob das Oberlandesgericht Düsseldorf am 18. April 2017 auf. Zehn Menschen werden nun angeklagt. Die Angehörigen der Opfer warten derweil noch immer darauf, dass ihr Wunsch nach Gerechtigkeit erfüllt wird.

Sieben Jahre nach der Loveparade scheint genug Zeit vergangen zu sein, um sich mit den Auswirkungen auseinanderzusetzen. 2014 wurde hingegen eine Ausstellung im Lehmbruck-Museum in Duisburg von Oberbürgermeister Sören Link verhindert, die auf die räumliche Erfahrung bei der Massenpanik eingehen sollte (aktuell berichtete). Triggerwarnung statt Zensur, das forderte damals aktuell-Redakteurin Maren Wenzel, die sich 2010 während der Massenpanik im Tunnel befand. Eine solche Warnung für Betroffene gibt es in der ARD-Mediathek leider nicht. Der Versuch, sich mit der Thematik zu befassen, ist hingegen größtenteils geglückt – und in jedem Fall besser, als eine verpasste Auseinandersetzung.

[lenz]

Zeitungsredakteur*innen gesucht!



Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region oder willst diese kennenlernen?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion neue Redakteur*innen

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld von 3 Euro je 500 Zeichen und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint akduell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktionsitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. An diesen Tagen solltest du nicht verhindert sein. Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens **Mittwoch, 4. Oktober 2017**, an: vorsitz@asta-due.de

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz) und Gastautorin Britta Rybicki.

Vi.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

6			7		
8	1	3			4
	2		3		8
		2	7	4	6
4					2
7	9		2	8	4
5			8		2
	9			3	1
			6		4

WOHNHEIMGESCHICHTEN

